

Eckpunktepapier mit Vorschlägen zur weiteren Entwicklung des Pflanzenschutzes (Pkt. 13 der Vereinbarung)

Ausgangslage und Zielvorgaben

Aus der nachfolgenden Tabelle wird, deutlich, dass der Absatz von Pflanzenschutzmitteln (PSM) und damit deren Einsatz in der Landwirtschaft, in den letzten Jahren in Deutschland – ohne Berücksichtigung der inerten Gase im Vorratsschutz – relativ konstant geblieben ist. Für Niedersachsen existieren zurzeit keine eigenen Zahlen, jedoch ist hier eine ähnliche Entwicklung zu erwarten.

Abbildung: Inlandsabsatz von Pflanzenschutzmitteln in Deutschland

	Herbizide	Fungizide	Insektizide, Akarizide als Spritzmittel im Freiland	Inerte Gase im Vorratsschutz	Sonstige Wirkstoffe (ohne inerte Gase)	Gesamt	Summe ohne inerte Gase
1995	16.065	9.652	861	4.064	3.889	34.531	30.467
1996	16.541	10.404	791	3.006	4.343	35.085	32.079
1997	16.485	9.397	755	3.941	4.069	34.647	30.706
1998	17.269	10.530	1.037	5.239	4.808	38.883	33.644
1999	15.825	9.702	953	5.172	3.751	35.403	30.231
2000	16.610	9.641	845	5.266	3.232	35.594	30.328
2001	14.942	8.246	740	5.778	3.957	33.663	27.885
2002	14.328	10.129	742	5.147	4.332	34.678	29.531
2003	15.350	10.033	779	5.591	4.002	35.755	30.164
2004	15.923	8.176	1.082	6.246	3.704	35.131	28.885
2005	14.698	10.184	827	5.982	3.803	35.494	29.512
2006	17.015	10.251	813	6.967	3.740	38.786	31.819
2007	17.147	10.942	1.092	8.061	3.502	40.744	32.683
2008	18.626	11.505	909	8.756	3.624	43.420	34.664
2009	14.619	10.922	1.030	8.595	3.591	38.757	30.162
2010	16.675	10.431	941	9.419	3.378	40.844	31.425
2011	17.955	10.474	883	10.798	3.755	43.865	33.067
2012	19.907	9.066	1.117	11.713	3.724	45.527	33.814
2013	17.896	10.387	940	11.214	3.328	43.765	32.551
2014	17.887	12.669	1.061	11.588	2.898	46.103	34.515
2015	16.336	12.539	1.026	13.859	4.372	48.132	34.273
2016	15.046	12.145	817	14.666	4.247	46.921	32.255
2017	16.716	13.271	857	13.723	3.739	48.306	34.583
2018	14.545	11.686	888	15.364	2.472	44.955	29.591

BMUB, 2019, Angaben in Tonnen

Verschiedene Strategien und Aktionspläne (Niedersächsische Ackerbaustrategie, Farm to fork, Nationaler Aktionsplan Pflanzenschutz (NAP), Ackerbaustrategie des BMEL, Ackerbaustrategie des BMUB) beschreiben die Ziele, die Abhängigkeit von PSM und antimikrobiellen Mitteln zu verringern, den ökologischen Landbau zu intensivieren und den Erhalt an biologischer Vielfalt zu sichern, bzw. einen Verlust rückgängig zu machen.

Im Niedersächsischen Weg ist beschrieben, dass der Einsatz von PSM im Einklang mit den nachfolgend aufgeführten Minderungszielen der Ackerbaustrategie des Bundes nachweislich reduziert werden soll.

Grundsätzlich: Integrierten Pflanzenschutz stärken und unerwünschte Umweltwirkungen reduzieren

- Bis 2030 die Anwendung von PSM, die nicht als „Low-risk-Produkt“ im Sinne des EU-Pflanzenschutzrechts eingestuft sind, deutlich zu reduzieren,
- Im Einklang mit der Zielvereinbarung des Bundes (Beendigung des Glyphosateinsatzes bis 2023) die Entwicklung von Alternativstrategien im Ackerbau zur Reduktion des Herbizideinsatzes insbesondere im Hinblick auf bodenschonende Verfahren der konservierenden Bodenbearbeitung verfolgen,
- Pflanzenschutz als Gesamtsystems des Landbaus zu sehen und die Bodenbearbeitung, die Sortenwahl, die Kulturpflanzenvielfalt und Fruchtfolge, die Düngung und direkte Pflanzenschutzmaßnahmen neu zu bewerten, bzw. zu optimieren,
- eine Entwicklung, bzw. Aktualisierung von Entscheidungshilfen und geeigneten Prognosemodellen für die Anwendung von PSM zu forcieren,
- die Möglichkeiten, die durch die Digitalisierung eröffnet werden, weiter zu erforschen und Systeme für die Praxis zu entwickeln,
- die Resistenzzüchtungsforschung voranzutreiben,
- die Wirksamkeit und Wirkungssicherheit nicht chemischer PS-Verfahren zu verbessern,
- Maßnahmen zur ökonomischen Absicherung von Ertragsrisiken im Pflanzenbau zu verbessern,
- Sorten- und wirkstoffspezifische Schadschwellen insbesondere zur Nutzung von Low-risk-Produkten zu erarbeiten,
- Modell und Demonstrationsvorhaben zum Integrierten Pflanzenschutz plus (IPSplus) zu etablieren und
- PS-Verfahren für die konservierende und erosionsmindernde Bodenbearbeitung zu entwickeln.

Elemente des niedersächsischen PSM-Reduktionsprogrammes

Bis Mitte 2021 erstellt das Land Niedersachsen ein PSM-Reduktionsprogramm mit konkreten und verbindlichen Reduktionszielen. Hierbei werden gezielte Anreize für die landwirtschaftlichen Betriebe geschaffen, um den Einsatz von PSM bzw. das Risiko bei deren Anwendung zu reduzieren. Anreize werden ebenfalls geschaffen, um auf neue Techniken umzusteigen und/oder auf den Einsatz von PSM gänzlich zu verzichten.

Mit dem Ziel, die biologische Vielfalt zu erhalten, bzw. zu verbessern, setzt sich Niedersachsen dafür ein, ein digitales Monitoringsystem zur Ermittlung der PSM-Frachten zu etablieren. Hierbei soll eine Bewertung des Risikos, das von den PSM ausgeht, z. B. in Bezug auf Nicht-Zielorganismen, einbezogen werden. Mit dem Monitoringsystem soll sichergestellt werden, dass eine Erfolgskontrolle bei der PSM Reduktion gegeben ist.

Die Reduktion des PSM-Einsatzes wird durch verschiedene Handlungsoptionen erreicht:

a) Allgemeine Regelungen

1. Steigerung des Anteils ökologisch wirtschaftender Betriebe
Neben einer stärkeren direkten Unterstützung (Umstellungs- und Beibehaltungsmaßnahmen) ökologisch wirtschaftender Betriebe wird die Unterstützung in der Forschung gestärkt, die Beratung im Bereich des Ökolandbaus ausgebaut und die Rahmenbedingungen für eine regionale und überregional Vermarktung ökologischer Produkte verbessert.
2. Weiterentwicklung der PS-Technik
Die Forschung im Bereich der Entwicklung der PS-Technik sowie die Entwicklung und der Einsatz

von „Low-risk-Produkten“ zur Reduktion der eingesetzten PSM-Mengen und des Risikos wird unterstützt. Die Förderung umweltfreundlicher PS-Technik wird verstärkt (AFP).

3. Reduktion des Herbizideinsatzes
Im Einklang mit der Zielvereinbarung des Bundes (Beendigung des Glyphosateinsatzes bis 2023) geht die Entwicklung von Alternativstrategien im Ackerbau zur Reduktion des Herbizideinsatzes insbesondere im Hinblick auf bodenschonende Verfahren der konservierenden Bodenbearbeitung.
 4. Ausbau des Integrierten Pflanzenschutzes und Integrierten Pflanzenbaus
Die Entwicklung, Weiterentwicklung von Elementen des Integrierten Pflanzenschutzes und Integrierten Pflanzenbaus (sortenspezifische und fruchtfolgespezifische Schadenschwellen, Entscheidungshilfen, Prognosemodelle, etc.) wird gefördert und deren Einführung in die landwirtschaftliche Praxis unterstützt.
 5. Förderung der Entwicklung und des Anbaus toleranter und resistenter Sorten
Die Pflanzenzüchtung wird zur Entwicklung toleranter und resistenter Sorten unterstützt, der Anbau dieser Sorten wird forciert.
 6. Verbot des Einsatzes von PSM im Privatbereich durch den nicht sachkundigen Anwender
Die Anwendung von PSM im Privatbereich (Haus- und Kleingärten) wird durch die Schaffung rechtlicher Vorgaben untersagt, die Einhaltung dieser Verbote wird kontrolliert. Programme zur PSM-freien Pflege von Haus- und Kleingärten und zum Einsatz biologischer Pflanzenschutzmittel werden erarbeitet, publiziert und unterstützt.
 7. Reduktion des PSM-Einsatzes im Bereich des Verkehrs und sicherheitsrelevanter Flächen
Reduktionsprogramme zum Einsatz von PSM im Verkehrsbereich (Schiene, Straße, technische sicherheitsrelevante Flächen) werden gefördert, Initiativen zur Reduktion des PSM-Einsatzes („herbizidfreie Kommune“, etc.) unterstützt.
 8. Ausbau der Förderung zum PSM-Verzicht und Verstärkung von AUM und Klimaschutz-Förderung und deren Nutzung
AUM und Klimaschutzmaßnahmen mit dem Inhalt des PSM-Verzichtes werden erweitert und verstärkt angeboten. Die Attraktivität der Maßnahmen wird erhöht, um deren Akzeptanz in der Landwirtschaft zu erhöhen.
 9. Optimierung des Einsatzes von PSM durch Ausbau der Beratung
Die Beratung im Officialbereich und anderer unabhängiger Beratungsorganisationen wird verstärkt bzw. gefördert. Die Beratungsinhalte werden den Vorgaben des Niedersächsischen Weges angepasst.
- b) Besondere Regelungen für Ackerflächen und Dauergrünland in Schutzgebieten (§ 25 a NAGB-NatSchG)
1. Der Einsatz von PSM in Landschaftsschutzgebieten, die ein Natura-2000-Gebiet sichern und Naturschutzgebieten ist auf Dauergrünland grundsätzlich untersagt. Ausnahmen dazu sind in § 25 a NAGBNatSchG geregelt.

2. Der Einsatz von PSM auf Ackerflächen in Naturschutzgebieten ist zu reduzieren. Dies kann von Vorgaben hinsichtlich zu verwendender Mittel und Dosierungen bis hin zu Verboten in besonders wertvollen Schutzgebieten reichen.
3. Der Einsatz von Totalherbiziden wird in Naturschutzgebieten ausnahmslos verboten.
4. Die Landesregierung regelt durch Verordnung die Gewährung eines angemessenen Ausgleichs für Eigentümer und Nutzungsberechtigte (erweiterter Erschwernisausgleich).

Umsetzung und Kontrolle

Die Ausgestaltung dieser Maßnahmen wird in der PSM-Reduktionsstrategie näher definiert und bedarf u. U. rechtlicher Änderungen, in erster Linie betrifft dies bundesrechtliche Regelungen. Darüber hinaus werden die notwendigen Verwaltungsabläufe und Genehmigungsverfahren beschrieben und festgelegt.

Durch die Etablierung eines „Messnetzes“ landwirtschaftlicher Betriebe wird die Effizienz der Maßnahmen zum PSM-Reduktionsprogramm evaluiert, verfeinert und erfolgsorientiert regelmäßig angepasst.

Die Erarbeitung eines Konzeptes zur PSM-Reduktionsstrategie, die Umsetzung sowie die Kontrolle und das Monitoring werden durch das ML sichergestellt. Dabei soll unter Berücksichtigung der Diskussionen und Entwicklungen auf Bundesebene, insbesondere zu dem Themenbereich Pflanzenschutzmittel, ein fairer Ausgleich analog § 52 Abs. 5 WHG für Bewirtschaftungsauflagen sichergestellt werden.